

## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Claudia Stamm, Renate Ackermann, Thomas Gehring, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Planungstopp für die Gemeinschaftsunterkunft Heinrich-Wieland-Straße in München**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Planungen für die Gemeinschaftsunterkunft Heinrich-Wieland-Straße 74 bis 76 in München bis zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit am 25. März 2010 zu stoppen, in der grundlegende Entscheidungen über die weitere Vorgehensweise bei der Unterbringung von Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, zu erwarten sind.

#### **Begründung:**

Der Fraktion liegen Schreiben der Regierung von Oberbayern und der Landeshauptstadt München vor, aus denen hervorgeht, dass in der Heinrich-Wieland-Straße 74 bis 76 vier Wohnheime zur Unterbringung von Flüchtlingen errichtet werden sollen. Die beigefügten Skizzen lassen vermuten, dass es sich hier um Errichtung von Containerbauten oder Baracken in Holzbauweise handelt. Die Sozialministerin hat in der Plenarsitzung am 3. Dezember 2008 aufgrund der dokumentierten katastrophalen und menschenunwürdigen Zustände in zwei Münchner Sammelcontainern die Schließung aller Containerunterkünfte in München angekündigt. Die Schließung der vorhandenen Containerunterkünfte darf nicht die Errichtung neuer Containerunterkünfte oder Holzbaracken bedeuten. Zudem sind im Landtag noch mehrere Gesetzentwürfe und Änderungsanträge zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen anhängig, die von einer Regelunterbringung in Gemeinschaftsunterkünften absehen bzw. diese auf ein Jahr begrenzen wollen. Insofern ist es nicht nachvollziehbar, dass vor definitiver Beschlusslage des Landtags von der Staatsregierung Tatsachen geschaffen werden, die dem Landtagsbeschluss möglicherweise nicht entsprechen. Da in der Ausschusssitzung am 25. März 2010 zahlreiche Entscheidungen bezüglich der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Flüchtlingen zu erwarten sind, müssen die Planungen und Aktivitäten bis dahin eingestellt werden.